Die estnische orthodoxe christliche Kirche hat im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Änderungen des Gesetzes über Kirchen und Pfarreien einen Appell eingereicht

Der Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 10.04.2025. Am 9. April 2025 verabschiedete das Riigikogu (Parlament) Estlands Änderungen des Kirchen- und Pfarreigesetzes, die sich direkt gegen die estnische orthodoxe christliche Kirche und das Pühtitsa-Kloster richten.
In einer auf der Website der Estnischen Orthodoxen Kirche veröffentlichten **Pressemitteilung** heißt es:

Die Fastenzeit neigt sich dem Ende zu und die Karwoche steht vor der Tür. Als Christen haben wir jetzt, da wir uns der besonderen Zeit des Kirchenjahres nähern, erneut die Gelegenheit, nachzuempfinden, was vor 2.000 Jahren in Bethanien, Gethsemane und Golgatha geschah. Denken wir über alles nach, was Christus widerfahren ist, und folgen wir ihm in unserem Leben hier und jetzt. Nehmen wir uns die Zeit, Christus durch seine Leiden zu folgen, an die wir in unseren Gottesdiensten denken, damit auch wir an der Freude der Auferstehung teilhaben können.

Am 9. April verabschiedete das Riigikogu Änderungen am Kirchen- und Pfarreigesetz, die uns alle

direkt betreffen. Obwohl Gesetze universell sein sollten, ist es offensichtlich, dass es sich in diesem Fall um ein Gesetz handelt, das sich speziell gegen die estnisch-orthodoxe christliche Kirche und das Kloster Pühtitsa richtet. Obwohl wir immer eine gesetzestreue Kirche waren, alle Gesetze der Republik Estland beachteten und zum Wohlergehen der estnischen Gesellschaft beitrugen, war eine Gesetzesänderung notwendig.

In den letzten sechs Monaten kam es nach der politischen Erklärung des Innenministers im Riigikogu zu keiner weiteren inhaltlichen Diskussion. Anstelle eines direkten Dialogs wurden wir Zeugen einer sorgfältig vorbereiteten und koordinierten Medienkampagne von Kommunikationsspezialisten, in deren Rahmen Artikel veröffentlicht wurden, die hauptsächlich die Thesen der einen Seite sowie subjektive Meinungen von Experten und Theologen der staatlichen oder einer anderen orthodoxen Kirche vertraten, was unweigerlich die Stimmung und Haltung der Mitglieder unserer Gemeinden gegenüber der Situation beeinflusste.

Die bei der Verlesung des Gesetzes geäußerten Positionen wiesen entweder auf eine Einschränkung der Religionsfreiheit hin oder sahen diese nicht, sondern beriefen sich auf Sicherheitsaspekte. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass dies eine direkte Einschränkung unserer Religionsfreiheit darstellt. Wir werden den Präsidenten und den Kanzler der Rechten bitten, dies zu beurteilen, und wir werden uns an internationale Organisationen wenden, da die Religionsfreiheit universell ist und globale Prinzipien berührt.

Die heute beschlossenen Gesetzesänderungen waren angesichts des gesamten Verfahrensverlaufs ein zu erwartendes Ergebnis. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere Rechte und Grundsätze aufgeben. Wir werden unseren Dienst in unseren Pfarreien weiterhin fortsetzen. Wenn wir uns dem Herrn anvertrauen und ohne Murren und Verzweiflung den Willen Gottes in unserem Leben suchen, wird der Herr uns nicht ohne seine Hilfe lassen und uns helfen, alle Prüfungen zu überstehen.

Quelle: https://mospat.ru/de/news/93078/